

Wend-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anhofter und IJelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Postverlagort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 68

Mittwoch, den 10. März 1937

Jahrgang 1937

Beschlüsse des Reichskabinetts.

Verlängerung der Amtsdauer der gemeindlichen Selbstverwaltungskörper.
Sicherung der Reichsgrenzen. / Ermächtigung zu Vergeltungsmaßnahmen.

Beratung über das neue deutsche Strafgesetzbuch.

DNB Berlin, 9. März.

Das Reichskabinett befand sich in seiner Sitzung am Dienstag mit dem vom Reichsjustizminister Dr. Gürtner vorgelegten Entwurf eines deutschen Strafgesetzbuches. Die Beratungen über diesen Gegenstand werden in den nächsten Kabinettsitzungen fortgesetzt werden. Verabschiedet wurde das Gesetz über die Verlängerung der Amtszeit der gemeindlichen Selbstverwaltungskörper und ein Gesetz über die Sicherung der Reichsgrenze und über Vergeltungsmaßnahmen, nach welchem der Reichsminister des Innern ermächtigt wird, in von ihm zu bestimmenden Gebieten, insbesondere an der Reichsgrenze, alle Maßnahmen zu treffen, die für eine wirksame

Jahre festgelegt. Auf Grund dieses Gesetzes haben die einzelnen Länder (mit Ausnahme von Preußen) die entsprechenden Gleichhaltungsgeetze erlassen. Auf Preußen fanden die Vorschriften des Gesetzes keine Anwendung, da die gemeindlichen Selbstverwaltungskörper in Preußen durch die Verordnung vom 4. Februar 1933 aufgelöst und auf Grund der kommunalen Wahlen vom 12. März 1933 neu gebildet wurden. Die Amtszeit der gemeindlichen Selbstverwaltungskörper endet am 5. März 1937, soweit nicht einzelne Länder, wie zum Beispiel Sachsen, einen geringfügig abweichenden Endtermin festgelegt haben. In Preußen endet die Amtszeit der Kreistage und der von ihnen gebildeten Kreisausschüsse am 12. März 1937. Für die Gemeinden ist diese Regelung nunmehr durch das Inkrafttreten der Deutschen Gemeindeordnung überholt. Die für die Kreise gebildeten Verwaltungskörper im jetzigen Zeitpunkt nochmals in einem unabhängigen Verfahren zu erneuern, erschien unzumutbar im Hinblick darauf, daß in naher Zeit mit dem Erlaß der Deutschen Gemeindeordnung gerechnet werden kann. Der gleiche Gesichtspunkt erschien durchschlagend hinsichtlich

der Verwaltungskörper der übrigen Gemeinden. Der Reichskabinett (Bayrische Kreistage, Sächsischer Provinzialtag, Hessische Provinzialtag). Die Kreistage selbst sind durch das Gesetz über die Übertragung von Zuständigkeiten der Provinzial- und Kreistage auf Ausschüsse vom 17. Juli 1933 sowie durch das Gesetz über die Anpassung der Landesverwaltung an die Grundzüge des nationalsozialistischen Staates vom 15. Dezember 1933 aufgelöst worden, so daß ihre Neubildung nach Ablauf der Amtszeit nicht notwendig ist. Es erschien daher zweckmäßig, die Amtszeit der Kreisausschüsse der preußischen Landkreise gleichfalls bis auf weiteres zu verlängern.

Ähnlich ist die Rechtslage bei den Mitgliedern der Württembergischen Kreistage und Kreisausschüsse. Ihre Amtszeit endet am 31. März 1937. Um ein besonderes Vorgehen zu vermeiden, empfiehlt sich die Einbeziehung der Mitglieder der Vertretungskörper der württembergischen Landkreise in die vorgezeichnete reichsgesetzliche Regelung.

Erklärung des Führers über die Schweiz „ein neuer Faktor der Sicherheit“.

Bundesrat Motta vor dem Ständerat.

DNB Bern, 9. März.

Im Ständerat wurde eine Interpellation beraten, die sich mit der Neutralität der Schweiz und den jüngsten Erklärungen des deutschen Reichs befaßte. Die Interpellation wurde vom Bundesrat Motta (Bern) eingeleitet und von 40 Mitgliedern des 44 Mitglieder zählenden Rates unterstützt.

Motta stellte zunächst fest, die spontane und eindeutige Erklärung Adolf Hitlers stelle unbedingt einen neuen Faktor der Sicherheit dar. Man dürfe allgemein darüber befriedigt sein, daß die Schweiz als europäische Notwendigkeit anerkannt werde und daß ihre Neutralität außer jeder Frage gestellt worden sei.

Der Interpellant vertrat dann die Auffassung, daß in gewissen Kreisen Deutschlands die Meinung vorherrsche, die Schweiz müsse für die Neutralitätsversicherung gegen die Gefahren der öffentlichen Meinung. Darum sei es an der Zeit, die öffentliche Meinung, die eine gewisse Verunsicherung zeige, zu beruhigen und den Bundesrat einzuladen, darüber Auskunft zu geben, ob nicht an die offiziellen Erklärungen in Berlin irgendwelche Vereinbarungen oder Pläne für Vereinbarungen geknüpft wurden, die den freien Gedankenaustausch in der Schweiz berühren.

In der Beantwortung der Interpellation Motta stellte der Vizepräsident des eidgenössischen Departements, Bundespräsident Motta, fest, daß die Erklärung des Reichsführers Hitler an Privatbundesrat Schulthess ein Teil einer einflussreichen privaten Unterhaltung bilde, bei der auch Staatssekretär Lammer anwesend war.

Das Gespräch habe in jeder Hinsicht ex-
tremste Ausläufer für den allge-
meinen Frieden eröffnet.

Die die Schweiz betreffenden Stellen seien in eine lapidare Formel zusammengefaßt worden und so in die Öffentlichkeit gekommen. Eine Notwendigkeit einer solchen Erklärung für die Anerkennung der Neutralität der Schweiz sei nicht vorhanden gewesen. Sie habe aber doch in der ganzen Welt bei allen Friedensfreunden ein günstiges Echo ausgelöst.

Von einem Kulturabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland sei nie die Rede gewesen. Es sei unrichtig, anzunehmen, daß die deutschen Behörden von Bundesrat Schulthess als Entgelt für die Erklärung von Reichsführer Hitler Beisprechungen oder andere Bedingungen verlangt hätten. Bundesrat Schulthess hätte sich auch nicht für etwas Derartiges hergegeben.

und es wäre auch eine Beleidigung gegenüber dem Reichsführer, anzunehmen, daß er die Bedeutung seiner großen Erklärung über die Unerschütterlichkeit und Neutralität der Schweiz durch Hinzufügen von Bedingungen oder Einschränkungen und Doppelsinnigkeiten hätte schmälern wollen.

Bundesrat Motta hat dabei noch auf das Verhältnis der Schweiz zu den übrigen Nachbarstaaten zu sprechen und stellte an Hand von Neuprodukten Wulffs, des Präsidenten der französischen Republik, Debrun, und des Außenministers Delbos sowie des österreichischen Bundeskanzlers Schulthess fest, daß überall der gleiche anerkannte und freundschaftliche Geist gegenüber der Schweiz, ihrer besonderen Stellung in Europa und gegenüber ihrer Neutralität vorhanden ist. Die Versicherungen dieser Staatschefs hätten den Beweis erbracht, daß die Schweiz eine internationale Neutralität, der seit ihrer internationalen Stellung, wie früher außerhalb so heute innerhalb des Völkerverbundes ohne Abmachungen und Vorbehalte anerkannt wird.

600 000 ha deutscher Boden in Polen verloren gegangen.

Die schwerwiegenden Folgen der polnischen Agrarreform.

DNB Warschau, 9. März.

Die beiden deutschen Senatoren Hasbach und Wiesner, die als einzige Vertreter der deutschen Volksgemeinschaft in Polen im polnischen Parlament sich und Stimme haben, wiesen in der Senatssitzung am Dienstag auf die schweren Wunden hin, die die polnische Agrarreform im Laufe der letzten elf Jahre dem Deutschtum in Polen zugefügt hat. Senator Wiesner machte darauf aufmerksam, daß der deutschen Volksgemeinschaft eine große Anzahl von Verlusten und Entfremdungen zugefügt worden sei und daß für sie darum der Ruf der Bauern eine der wenigen beruflichen Möglichkeiten darstelle. Die in den letzten Jahren an der deutschen Volksgemeinschaft vollzogene Enteignung ihres Grundbesitzes bedeute darum eine besonders schwere Schmälerung ihrer wirtschaftlichen Existenzgrundlage.

Seit dem Jahre 1926 seien 87 000 Hektar deutschen Bodens durch die Agrarreform enteignet worden, ohne daß die deutschen Bauernjöhne bei der Verteilung des enteigneten Bodens berücksichtigt worden wären. Das Ausmaß des aus polnischer Hand enteigneten Bodens in Polen und Bessarabien

sei im Vergleich dazu weit geringer, denn es betrage nur 39 000 Hektar.

Senator Hasbach unterführ in seiner Rede die Auffassung, daß die Agrarreform in Polen notwendig sei, daß man aber in erster Linie die Bedürfnisse der polnischen Staatsbürgerschaft und solche Betriebe aufstellen solle, die die Wirtschaftlichkeit fördern und deren Eigentümer so verschuldet sind, daß sie sich nicht mehr auf ihren Besitz halten können. Der Senator wies darauf hin, daß die Agrarreform im Jahre 1937 den deutschen Besitzstand ganz besonders stark geschmälert habe. In Polen und Bessarabien händen nämlich auf der sogenannten Kamensliste 61 deutsche Betriebe, von denen zusammen 21 315 Hektar zur Agrarreform bestimmt sind, und nur 19 polnische Betriebe mit einer zur Versteigerung bestimmten Gesamtfläche von 6906 Hektar. Senator Hasbach erklärte an Hand dieser Zahlen, daß die Durchführung der Agrarreform in Polen und Bessarabien in diesem Jahre einen für die deutsche Minderheit besonders gefährlichen Charakter angenommen habe. Nach einem Hinweis auf die schwere Lage der rund 8000 deutschen Rentner in Polen nahm der deutsche Senator ferner gegen die im Senat vom linken deutschen Senator Siedowitsch gegen das Deutschtum in Polen gerichteten Verdächtigungen Stellung. Der polnische Senator — der vor dem deutschen Einfluss warnen zu müssen glaubte — möge nicht vergessen, so erklärte Senator Hasbach, daß in Polen und Bessarabien durch die verabschiedeten behördlichen Maßnahmen wie Annulation, Liquidation, freiwillige und unfreiwillige Verkäufe und die Agrarreform dem deutschen Besitzstand rund 600 000 Hektar verloren gegangen seien.

Die Ueberwachung Spaniens.

Die Ueberwindung der letzten Schwierigkeiten.

Von

unserem Londoner Korrespondenten.

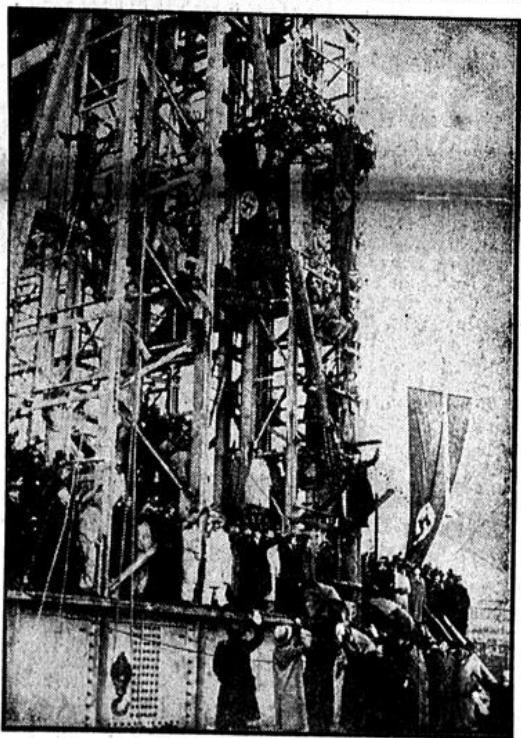
F. L. London, 9. März.

Der Kontrollplan ist mit einer gewissen Pünktlichkeit fertig geworden, aber er steht erst nur auf dem Papier, und es wird wohl noch, obwohl die Ueberwachung am 13. März beginnt und demgemäß die Kriegsschiffe an diesen Tagen ihre Posten an der spanischen Küste beziehen werden, eine Reihe von Wochen verstreichen, bis er so wirksam ist, wie er an diesem Termin eigentlich schon sein sollte. Die beteiligten Nebenunabhängigen Regierungen müssen die neuen Verpflichtungen ihrer Handelsflotte in Gefechtsform bringen und Verträge dagegen unter Strafe stellen, was naturgemäß erst jetzt, nach endgültiger und genauer Regelung der Kontrolle möglich ist. Die geographische Maschine wiederum bestimmt in den meisten Ländern ihr Tempo selber. In England z. B. können die nötigen Anordnungen und Verbote nicht vor dem 10. März in Kraft treten.

Inzwischen hat man sich wohl oder übel entschlossen, die Kontrollorganisation selbst „in drei Stufen“ nacheinander aufzubauen, ein würdevollerer Ausdruck dafür, daß man nicht rechtzeitig damit fertig geworden ist. Gleich nach Annahme des Plans am Montag ist in London das „International Board for Non-Intervention in Spain“ (International Board for Non-Intervention in Spain) in Tätigkeit getreten. An seine Spitze sollte als Hauptverwalter der holländische Vizeadmiral de Graeff treten; wer jetzt, nachdem de Graeff abgelehnt hat, diesen Posten einnehmen wird, ist im Augenblick noch nicht bekannt. Dem vom Nicht-einmischungsausschuß zu berufenden Hauptverwalter oder Vorkämpfer stellen die fünf Hauptmächte des Ausschusses (Deutschland, England, Frankreich, Italien und die Sowjetunion) und drei kleinere Mächte je einen diplomatischen Vertreter zur Seite. Der nächste Untergabe des Hauptverwalters wird ein Direktor oder Generalsekretär sein, der über vier Abteilungsleiter, je einen deutschen, englischen, italienischen und französischen, gebietet. Das Amt wird bekanntlich für die Ueberwachung zu Lande wie zur See zuständig sein. Die leitenden Beamten, die zur Kontrolle der französischen, portugiesischen und englischen (Gibraltar) Grenze bestimmt sind, und ihre engeren Stäbe sollen in dieser ersten Phase wenigstens die Fühlung mit den Landesbehörden in Paris, Lissabon und Gibraltar aufnehmen. Die Kontrolle selbst kann jedoch erst in einer zweiten Phase in Gang kommen, die eine notwendige Ausfüllung auch der untergeordneten Exekutivstellen voraussetzt. Die dritte Phase wird dann die volle Personalbesetzung des Kontrollapparates bedeuten.

Die Empfindlichkeit Frankreichs ist überwunden worden durch den Beschluß, auch an der französischen Grenze 130 Ueberwachungsbeamte anzustellen, wobei mehr noch weniger als an der portugiesischen. Andererseits hat bis zum letzten Augenblick die Seontrolle, ein Unternehmen allerdings ohne Vorgang in der internationalen Geschichte, den Nährboden für Meinungsverschiedenheiten abgegeben, die sich bis in die kleinsten Details verästelt. Die Zahl der neutralen Kontrollhäfen ist zuguterlet auf sieben festgelegt worden: The Downs, Cherbourg, Gibraltar, Palermo, Marjelles, Madeira und Lissabon. Es gibt also nun zwei portugiesische Kontrollhäfen (Madeira und Lissabon). Ein Zufall — aber er brachte Sowjetrußland, dem Portugal bis heute die diplomatische Anerkennung verweigert, auf den Gedanken, diese hochpolitische Frage selbst anzuschneiden durch das Verlangen, daß nun auch russische Schiffe insstande sein sollten, die ihnen verbotenen portugiesischen Häfen anzulassen. Der kleine Ueberwachungsverlust wurde zunächst in letzter Minute von der Tagesordnung wegerpielt. Aber die sowjetrussischen Vertreter versuchten bis zuletzt in dieser Sache ihren Willen durchzusetzen. Schließlich kam man am Montag dahin überein, daß bestimmt wurde, der Ueberwachungsplan solle an den bisherigen Beziehungen der Mächte nichts ändern. (Wie aus Lissabon berichtet wird, hat die portugiesische Regierung eine amtliche Mitteilung veröffentlicht, wonach sie nach wie vor an ihrem Beschluß festhält, sowjetrussischen Dampfern das Anlaufen portugiesischer Häfen im Zusammenhang mit der Ueberwachung der spanischen Küste nicht zu erlauben. Eine Meldung, daß die portugiesische Regierung den Sowjetschiffen das Anlaufen portugiesischer Häfen erlaube, sei durchaus falsch.)

Nach dem endgültigen Kontrollplan ist praktisch jedes nach Spanien fahrende Schiff gezwungen, vor dem Anlaufen eines spanischen Hafens einen bestimmten Kontrollhafen anzulassen. Für die Fahrt von deutschen Häfen aus sind beispielsweise die Downs (Dover) normalerweise die einzige Kontrollstation. Von der geplanten Schiffsfreiheit ist nur die Möglichkeit übriggeblieben, bei zwingenden Hindernisgrün-



Richtfest des „Deutschen Hauses“ in Paris.

Am Sonntag nachmittag fand in Gegenwart des deutschen Botschafters, Graf Welzke, sowie zahlreicher französischer Gäste und Mitglieder der deutschen Kolonie das Richtfest des „Deutschen Hauses“ auf dem Gelände der Weltausstellung statt. Unser Bild zeigt das Hochziehen der Richtkranke, die mit großen Hakenkreuzflaggen und der Trikolore geschmückt ist. (Photo: Scherl.)

Sicherung der Reichsgrenze und des Reichsgebietes erforderlich sind. Der Reichsminister des Innern wird ferner ermächtigt, gegen Angehörige eines fremden Staates und gegen deren Vermögen Vergeltungsmaßnahmen zu treffen, sofern dieser Staat gegen Reichsangehörige oder ihr Vermögen Maßnahmen trifft, die nach deutschem Recht gegen die Angehörigen dieses Staates oder ihr Vermögen nicht getroffen werden können.

Die Amtszeit der gemeindlichen Selbstverwaltungskörper.

DNB Berlin, 9. März.

Das heute von der Reichsregierung verabschiedete Reichsgesetz betreffend die Amtszeit der gemeindlichen Selbstverwaltungskörper bestimmt folgendes:

Die Amtszeit der auf Grund des vorläufigen Gesetzes zur Gleichhaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 (RGBl. I, S. 153) gebildeten Selbstverwaltungskörper der Gemeinden, Verbände wird bis auf weiteres verlängert.

Diese Vorschrift gilt auch für die Amtszeit der Mitglieder der Kreisausschüsse der preußischen Landkreise sowie der Kreistage und Kreisausschüsse der württembergischen Landkreise.

Das Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft. In der Begründung zu dem Gesetz wird darauf verwiesen, daß durch das vorläufige Reichsgesetz zur Gleichhaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 die gemeindlichen Selbstverwaltungskörper aufgelöst und neu gebildet wurden. Ihre Amtszeit wurde auf vier

000.— RM. zur Er-
gänzung des Reichs-
gesetzgebungsrechts;
f. 644 452.— RM. an-
forderung und Unterhal-
tung;
e. alle Hilfsbedürftige
188, 1870/71 und wird
dem Reichsgründungs-
gesetz;
f. Naturwissenschaften, die
rmen Kameraden ge-

ist es Sache der
der Kameradschafts-
t zu überzeugen and

das glänzende Ergeb-
nis der Reichsgründungs-
arbeit sprach der Ver-
treter Unterführten sei

noch einige wichtige
bestreuerlag findet
monat und der Reichs-
n Kasse statt. Der
fest, das in diesem
anfangs Juni ge-
mt fest. Es sollen in
schaftsappelle aller
zu der auch die an-
ingeladen sind, statt-
wird Major a. D.

einem Siegfried auf
nregend verlaufene

Befehl auf den
schloß der Landes-

g.

ostländer!

und auch viele Ge-
nadt Fahrabänder
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

und das Münsterland:
des Hauptbüchlers u.
Deutschland: Hermann
ort: Dr. Anton Henkel
Schneckenloch, Münster:
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

gesamst über 4000.—
Allgemeine Zeitung,
über 3100.— Bürger-
Dünen, über 2000.—
Münster i. W. Druck:
Anzeigentarif für die
12, 1935.

den, z. B. ungünstiger Wetterlage, vom Ueberwachungsbeamten des vorgesehenen Kontrollhafens funktentelegraphisch die Erlaubnis zum Anlaufen einer anderen Station einzuholen. Diese Regelung wirkt die recht einschneidende Frage der Kosten und Zeitverluste für die Handelschiffahrt auf. Der Nichteinmischungsausschuss hat sich nicht in der Lage gesehen, die Verteuerung der Fahrten durch Umwege, Aufenthalt und Unterbringung und Verpflegung der bekannten Bordagenten in Vausch und Vogen auf die Regierungen abzuwälzen. In gewissen Fällen werden die Reedereien sich nicht ohne Grund über Unbilligkeiten beklagen. Der Bedarf an Bordagenten, deren die größeren Schiffe je zwei mitführen sollen, wenn sie nicht gerade Massengüter geladen haben oder in Ballast fahren, lässt sich noch keineswegs übersehen, und es wird besonders im Anfang häufig vorkommen, daß bei der Ankunft eines Schiffes im Kontrollhafen kein Agent verfügbar ist. Das Schiff muß dann vier Stunden warten (die zwölfstündige Beobachtungsfrist, für die sich die Regierungen verpflichtet haben, wäre einer Schilte gleichgekommen) und darf, wenn das nichts nützt, mit einer entlastenden Bescheinigung des örtlichen Ueberwachungsbeamten ohne Bordagenten auslaufen. Den Reedereien würde es noch saurer ankommen, wenn sie in den Kontrollhäfen die Vosen- und Vafengebühen erlegen müßten. Der Standpunkt Frankreichs und Portugals, die sich nicht in die Finanzautonomie ihrer Hafenverwaltungen einmischen wollen, ließ nur das Kompromiß zu, daß Schiffe, die Kontrollhäfen anlaufen, lediglich um Agenten an Bord zu nehmen, möglichst keine Vafengebühen zahlen sollten. Falls aber Vafengebühen erhoben werden, sollen diese vom Nichteinmischungsausschuss erlegt werden. Für den Seefahrtsplan sind vorläufig 500 Beobachter vorgesehen. Die Unterbringung der Bordagenten — jeweils die beste, die verfügbar ist — geht zu Lasten der Reeder, während für ihre Verpflegung die Regierungen durch das Nichteinmischungsausschuss aufkommen. Der Nichteinmischungsausschuss hat aber im übrigen beigestimmt — ein Nebengremium von ministeriellen Sachverständigen hat dafür Sorge getragen —, daß die Interessen der Handelschiffahrt Rücksichtnahme verlangen, wo sie möglich war. Die Reedereien werden es begrüßen, daß auf Antrag der deutschen Sachverständigen die Kontrolle der Ladungen sich auf Waren beschränkt, die wirklich nach Spanien gehen.

Die Handelschiffe dürfen nur durch Kriegsschiffe der Macht kontrolliert werden, der die betreffende Zone zugeteilt ist. Die Schiffe, die die Flottenüberwachung durchzuführen, werden die Frage des Nordsee-Fischereiabkommens führen. Schiffe, die Beobachter an Bord führen, werden einen besonderen Wimpel zeigen, um dies anzudeuten, sobald sie sich innerhalb der Zehn-Meilen-Zone vor der spanischen Küste befinden. Schiffe, die diesen Sonderwimpel führen, können trotzdem von den kontrollierenden Kriegsschiffen angehalten werden, um festzustellen, ob dies tatsächlich der Fall ist. Die Kapitäne, die den Beobachter-Wimpel führen, ohne hierzu berechtigt zu sein, werden schwer bestraft werden. Es können bestimmte Punkte festgelegt werden, die alle Schiffe innerhalb einer bestimmten Zone anlaufen müssen, um sich der Kontrolle zu unterziehen. Ein Durchsuchungsrecht wird den die Kontrolle durchführenden Kriegsschiffen hingegen nicht gegeben. Sie haben aber das Recht, Kapitäne, die die Bestimmungen des Abkommens verletzen, hierauf hinzuweisen. Die Nichtbefolgung der Wünsche des die Kontrolle durchführenden Kriegsschiffes wird ohne weiteres als Beweis dafür angesehen werden, daß das die Anweisung nicht befolgende Schiff einen Bruch des Nichteinmischungsabkommens begangen hat. In diesem Falle gibt der Kapitän des Kriegsschiffes einen Bericht hierüber an seine Regierung, der von dieser dann an den Nichteinmischungsausschuss wie auch an das für das Schiff zuständige Land weitergeleitet wird, damit hier die erforderlichen Strafverfahren in Gang gesetzt werden können.

Die große, in ihrer Wirkung noch nicht abzuschätzende Schwäche der Seefontrolle bleibt die Nichtbeachtung so vieler außereuropäischer Länder. Gewisse unumstößliche Ueberwachungsbedingungen anderer Art, die der Londoner Ausschuss in Rechnung stellen zu müssen glaubte, fallen demgegenüber wenig ins Gewicht. Sie könnten den Waffen- und Freiwirtschaftsmangel nur zeigen in dem unwahrscheinlichen Fall, daß er den Wald seiner verbliebenen Freiheiten vor Bäumen nicht sehen sollte. In diesem Sinne hat man in London lange und noch bis zum Montag um die Kanarischen Inseln gestritten, wo Kriegsschiffe deponiert und von spanischen Schiffen nach dem Festland abgeholt werden könnten. Die Beteiligten konnten sich sogar nicht enthalten, ihre Auseinandersetzung psychologisch zu vertiefen: nach berühmten Wurzeln sah man den praktischen Empirismus der Engländer im Kampf mit der vor keinem Unfug zurückstehenden Logik, die in russischer Verkleidung auftritt. Schließlich hat man dem gefunden Menschenverstand zuliebe die Kanarischen Inseln aus dem Kontrollplan hinein. Der Schiffsverkehrsverleiher ist aber an diesem Knotenpunkt mehrerer Weltströme so umfangreich, daß seine Vernachlässigung wahrscheinlich bald zu einer unerträglichen Plage würde. Deshalb verzichtet man einstweilen auf die Seepatrouille vor den Kanarischen Inseln und rechnet ihre Häfen wie nichtspanische. Aber in dem am Montag zustandekommenen Kompromiß wurde grundsätzlich anerkannt, daß auch sie zu überwachen seien, und es wurde versprochen, diese Angelegenheit bis zum 31. März erneut aufzunehmen.

Schon oben nannten wir die Spanienüberwachung ein Unternehmen ohne Vorgang in der internationalen Geschichte. In ihm wird ein internationaler Apparat ins Leben gerufen, eine internationale Polizeimacht geschaffen, die dem Zweck, einen Krieg auf ein Land zu beschränken. Und dabei verdient besondere Beachtung, daß die Verhandlungen außerhalb des Völkerbundes geführt worden sind und auch die ganze Land- und Seefontrolle mit dem Völkerbunde nichts zu schaffen hat.

Gründung einer Akademie für weltanschauliche Schulung.

Kojenberg, Dr. Ley und Meinberg auf der Ordensburg Vogelsang.

DNB Köln, 9. März.

In der Ordensburg Vogelsang sprachen am Montag vor den Führeranwärtern Reichsleiter Alfred Kojenberg, Reichsorganisationsleiter Dr. Ley sowie der Reichsobmann des Reichsnährstandes, Staatsrat Meinberg.

Nach den Begrüßungsworten des Burgkommandanten Manderbach sprach zunächst Reichsleiter Kojenberg. Er gab ein lebendiges Bild der weltanschaulichen Haltung und der politischen Entwicklung, die zum Siege des Nationalsozialismus geführt hat. Mit Nachdruck betonte Reichsleiter Kojenberg:

„Wie darf es geschehen, daß die Mächte, die ihre geistliche Gelegenheit verpaßt haben, jemals wieder auf einer Hintertreppe in die politische Führung zurückkehren können. Es geht nicht an, daß bei der Erziehung der Totalitätsanprüche des Nationalsozialismus irgendwelche Beeinträchtigungen durch die Vorsehung zu kommen, daß die Menschen, die sich zu Vorsehern der Erziehungssysteme aufgeworfen haben, in 50 bis 60 Jahren auch wieder die politische Macht fordern.“

Es darf nie mehr die Situation entstehen wie 1914, als Klerikale, Liberale und Sozialisten versuchten, dem deutschen Volk ihr System aufzudrücken, und schließlich durch diesen Klassen- und Weltanschauungskampf unsere völlige Einheit sprengten.“

Dann nahm Reichsorganisationsleiter Dr. Ley das Wort. Er gab einen großen Überblick über die Schulungsmaßnahmen der Partei und wandte sich dann an die Führeranwärter, die nunmehr ungefähr ein Jahr in der Ordensburg geschult worden sind. „Es ist uns gelungen“, so sagte Dr. Ley u. a., „im Laufe dieses ersten Jahres wunderbare Ergebnisse zu erzielen. Wir haben einen neuen Typ der politischen und weltanschaulichen Schulung herangebildet, bei dem die Einheit von Körper, Seele und Geist, Tatsache geworden ist.“ Ein Teil der Junger werde bereits jetzt der Partei zur Verfügung gestellt. Sie

mühten jetzt ihren Glauben und ihre Treue zum Führer unter Beweis stellen. Um die Verbindung zwischen den Ordensburgern und der Front nicht abreißen zu lassen, werden die Führeranwärter jedes Jahr wieder für eine Zeitlang zur Ordensburg einberufen.

Dr. Ley gab dann bekannt, daß zur Erlangung eines einheitlichen Lehrstoffes für die Adolf-Hitler-Schulen und die Ordensburgern eine Akademie unter der Leitung von Reichsleiter Alfred Kojenberg ins Leben gerufen werde.

Nach einer Vereinbarung zwischen dem Reichsführer SS Himmler, Reichsorganisationsleiter Dr. Ley und Reichsleiter Kojenberg wird diese Akademie die Aufgabe haben, Lehrer für sämtliche weltanschauliche Schulungsanstaltungen heranzubilden und die einheitliche Ausrichtung der Lehrpläne zu überwachen. Zum Schluß verabschiedete Dr. Ley die Führeranwärter, die nunmehr an die Front der Partei zurückkehren.

Am Nachmittag sprach vor den Führeranwärtern der Ordensburg Vogelsang der Reichsobmann des Reichsnährstandes, Staatsrat Meinberg, über die Aufgaben zur Sicherstellung der Ernährung unseres Volkes.

Sondertagung der Gauobmänner der Deutschen Arbeitsfront.

Köln, 9. März.

Die Gauobmänner der Deutschen Arbeitsfront aus dem ganzen Reich versammelten sich in einer Sondertagung auf der Ordensburg Vogelsang in der Eifel, um gleichzeitig an der Ausarbeitung der Führeranwärter, die nunmehr an die Front der Partei zurückkehren, teilzunehmen. Dr. Ley ließ sich von seinen Gauobmännern über die Arbeitsmöglichkeiten in den einzelnen Gauen berichten und unterhielt sich des längeren mit jedem einzelnen Gauobmann, wobei er lebhaften Anteil an den Fragen nahm, die an ihn herangetragen wurden. Anschließend erloschen die Führeranwärter zusammen mit den Gauobmännern der DAF einen Kameradschaftsabend, an dem auch Dr. Ley teilnahm.

Die französische Küstungsanleihe vor der Kammer.

Blum verteidigt die Anleihevorgabe. — „Keine politische Kursänderung“. — Beleidigende Zurechtweisung für den Ministerpräsidenten.

Die Opposition stellt Bedingungen.

(1) Paris, 9. März.

Seit heute vormittag 9.30 Uhr befaßt sich die Kammer mit der Gesetzesvorlage für die Aufhebung der Landesverteidigungsanleihe. Der Wortlaut der Vorlage wurde nach stündiger Tätigkeit der zuständigen Stellen erst in der Nacht fertiggestellt. Gleich nach der Einbringung durch den Finanzminister trat der Finanzkommission der Kammer zusammen. Zwei Änderungsanträge stellten die Republikanische Vereinigung, Louis Marin, die Schaffung eines Ausschusses beantragt, der die Verwendung der aus der Anleihe stammenden Gelder überwachen soll. Senator Lamoureux machte eine Bestimmung in der Gesetzesvorlage ausgenommen wissen, wonach es der Regierung eintretendenfalls nicht möglich sein darf, die Devisionkontrolle unter Uebergehung des Parlaments durch Verordnung einzuführen.

In der Nachmittags Sitzung der Kammer erstattete der radikalsozialistische Abgeordnete Schmitt einen Bericht über die Beschüsse des Finanzausschusses zur Anleihevorgabe. Er teilte insbesondere mit, daß der Finanzausschuss die Vorlage durch zwei Bestimmungen ergänzt habe, nämlich erstens, daß das Ergebnis der Anleihe nur für die Landesverteidigung verwendet werden müsse und zweitens, daß die Regierung ohne Zustimmung des Parlaments keine Maßnahmen treffen dürfe, die zu einer Devisionkontrolle führen könnten.

Die Kammer trat darauf in die allgemeine Aussprache ein. Es ergrieff eine Reihe von Abgeordneten das Wort, darunter auch Vertreter der Opposition, wie Reynaud, Pierron und Domange. Ihre Ausführungen, die vor allem die Notwendigkeit einer Umkehrung der ganzen allgemeinen Politik der Regierung betonten, unterhielten sich weitgehend von den früheren scharfen Angriffen gegen die Regierung, so daß die Aussprache bisher keinerlei besondere Aufmerksamkeit fand.

Ministerpräsident Blum

legte alsdann die Bedeutung der von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen dar und bestritt, auf verheißene Bemerkungen der Vorredner eingehen, daß er seine Politik geändert habe. Ferner erklärte er, daß er es ablehnen müsse, sich auf eine politische Aussprache einzulassen. Seine Aufgabe sei heute, einen Aufbruch in die gesamte Kammer zu richten, den Erfolg der Anleihe zu sichern; es handle sich hier um einen Erfolg, den das Land und nicht etwa die Regierung benötige.

Nach der Rede des Ministerpräsidenten wurde die Sitzung für kurze Zeit ausgesetzt. Unmittelbar nachdem Léon Blum gesprochen hatte, ereignete sich ein Zwischenfall.

Ein Zuschauer richtete von der Tribüne beleidigende Zurechtweisungen an den Ministerpräsidenten, und andere Zuschauer mischten sich in diesen Wortwechsel ein, so daß ein Durcheinander entstand und die Saalbediener eingreifen mußten.

In den Wandelgängen der Kammer herrschte nicht nur im Regierungslager, sondern auch in Kreisen der Mitte großer Optimismus über den Erfolg der Anleihe. Man rechnet damit, daß der Beifall der gehörten Reden und Goldbarren die Gelegenheit ergeben werden, um sie wieder in den Wirtschaftskreislauf einzuführen.

Nachdem die Sitzung wieder aufgenommen war, verlangte Abgeordneter Marin als Führer der Opposition von der Regierung eine Garantie über die ausschließliche Verwendung des Anleiheaufkommens für die Landesverteidigung und wählte eine Reihe von Bedingungen auf, die erfüllt werden müßten, um das Vertrauen der Später zu gewinnen. Er erinnerte daran, daß das Vertrauen erschüttert worden sei, als trotz aller Versprechungen der Regierung unmittelbar nach ihrer ersten Anleihe der Franken doch abgewertet wurde.

Die Kammer beschloß darauf, die allgemeine Aussprache zu beenden und trat in die Einzelberatungen der Artikel ein. Dabei erklärte der ehemalige Ministerpräsident Flandin (Republikanische Vereinigung), daß seine Fraktion für die Gesetzesvorlage stimmen werde. Sie halte aber die Erfüllung der Bedingungen als für den Erfolg der Anleihe unerlässlich. Flandin ließ in diesem Zusammenhang durchblicken, daß seine Fraktion hierunter in erster Linie die Aufgabe eines gewissen

Zwanges verstehe, der von der Regierung auf wirtschaftspolitischen Gebiet vielfach ausgeübt werde. Im Anschluß an die Ausführungen Flandins beschloß die Kammer, die Sitzung ohne Unterbrechung fortzusetzen.

Die Landesverteidigungsanleihe von der Kammer angenommen.

DNB Paris, 9. März.

Die französische Kammer nahm am Dienstagabend die Gesetzesvorlage über die Landesverteidigungsanleihe an und damit verbundenen Garantien mit 470 gegen 46 Stimmen der auf dem äußersten rechten Flügel sitzenden Mindergruppe an. Etwa 90 Abgeordnete der Opposition haben sich der Stimme enthalten. Die Kommunisten stimmten für die Vorlage.

Fehlschlag der französischen Anleihehoffnungen in Amerika.

J. P. Morgans entgangenes Küstungsgeheimnis.

Washington, 9. März.

Die in den letzten Tagen zwischen dem französischen Botschafter Bonnet und dem amerikanischen Schatzsekretär Morgenthau unter Beteiligung der Finanzberater des Staatsdepartaments und teilweise Jorgar der britischen Botschaft geheimnisvoll geführten Besprechungen haben zu einem negativen Ergebnis geführt und der französische Optimismus über eine amerikanische Bereitwilligkeit, die französischen Küstungen zu finanzieren, hat sich als trügerisch erwiesen.

Nachdem die amerikanische Regierung der französischen Regierung wiederholt die völlige Ausschüttung der Küstungsanleihe von europäischen Küstungsanleihen in Amerika eintreffend dargelegt hatte, versuchte die französische Regierung den Ausweg, die Anleihe zwar nicht in Amerika aufzulösen, aber die Amerikaner zur Beteiligung aufzufordern, und zwar hatte sie in völliger Verkennung der amerikanischen Abneigung ausgerechnet, das internationale Finanzagentenkontingent, die Herren J. P. Morgan & Co. wieder als Agenten für die Zahlungen

Radaussetzen im Unterhaus.

Labour Party will eine Aussprache über die Elendsgebiete erzwingen.

Der Arbeitsminister setzt sich mit seiner lauten Stimme durch.

London, 9. März.

Im Unterhaus kam es Dienstag zu stürmischen Auseinandersetzungen über die Geschäftsordnung.

Für die Labour Party erklärte der Abgeordnete Batten, daß es angesichts der ablehnenden Haltung der Regierung, die keine Aussprache über die Elendsgebiete zulassen wolle, für seine Partei das Beste sei, wenn sie das Unterhaus überhaupt verließ. (Stürmischer Beifall bei der Labour Party.)

Dr. Dalton versuchte hierauf, für die Labour Party festzustellen, daß es sich um eine Beschwerde über die Regierung handelte, über die abgestimmt werden müsse.

Als der Sprecher dies nicht zulassen wollte, versuchte die Opposition durch zahllose Fragen zur Geschäftsordnung eine Aussprache zu erzwingen. Der Sprecher stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß diese Fragen mit der Geschäftsordnung nichts zu tun hätten, und erteilte dem Arbeitsminister Brown das Wort, um diesem Gelegenheit zu geben, die Finanzentscheidung über die Elendsgebiete einzubringen, deren Fassung die Aussprache unmöglich macht.

der französischen Dividende an die erhofften amerikanischen Anleihegeheimnisse vorgelegt.

Nachdem sich der Auswärtige Ausschuss des Bundes senats einstimmig gegen diese Zumutung gewandt hatte, hat die amerikanische Regierung nunmehr unter Hinweis auf den Widerstand des amerikanischen Parlaments die französischen Anleihepläne abgelehnt.

Der Weltfunkverein bei Reichsminister Dr. Goebbels.

DNB Berlin, 9. März.

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, gab am Dienstagmittag anlässlich der Tagung des Weltfunkvereins ein einstimmiges Empfang, an dem mehr als 120 Funkdelegierten aus insgesamt 30 Nationen teilnahmen. Mit den Vertretern der deutschen Funkführung und Wirtschaft waren zugleich auch zahlreiche führende Persönlichkeiten aus Staat, Partei, Kunst und Wissenschaft sowie Angehörige des diplomatischen Korps anwesend.

Bei dem zwanglosen Beisammensein in den Festräumen des Propagandaministeriums kam in herzlicher und harmonischer Weise die Arbeitskameradschaft zum Ausdruck, die die Männer des Rundfunks aller Länder miteinander verbindet, und zugleich auch die persönliche Anteilnahme, die die führenden Männer des nationalsozialistischen Deutschlands dem Rundfunk entgegenbringen.

Deutschland und Litauen.

Längere Aussprache zwischen Freiherrn von Neurath und dem litauischen Außenminister.

DNB Berlin, 9. März.

Der litauische Außenminister Lozoraitis suchte am Dienstag auf der Durchreise nach der Riviera den Reichsminister des Auswärtigen, Freiherrn von Neurath, auf und hatte mit ihm eine längere Aussprache über beide Länder interessierende Fragen.

Nationaler Vormarsch nordöstlich von Madrid dauert an.

Die Bolschewisten geben ihre Niederlage zu.

DNB Paris, 9. März.

Der bolschewistische „Verteidigungsrat“ von Madrid gibt bekannt, daß sich die Bolschewisten in der Provinz Guadalupe, nordöstlich von Madrid, bei Cogolludo und Polo zurückziehen mußten und daß der Vormarsch der nationalen Truppen dort andauert.

Hochwasserkatastrophe an der Brahe-Mündung.

Landstraße Bromberg—Thorn überflutet.

DNB Danzig, 9. März.

Durch die riesigen Eismassen auf der Weichsel und Brahe liegt das Hochwasser mit rasender Geschwindigkeit vor und hat ein seit Jahrzehnten nicht mehr verzeichnetes Ausmaß erreicht. An der Brahe wurden heute um 6.30 Uhr früh 10.00 Meter gemessen. Damit ist der Wasserstand des großen Hochwassers vom 1924 bereits überflutet. Die Landstraße zwischen Bromberg und Thorn ist bei Langenau überflutet. Das Vieh wurde in die höher gelegenen Ortschaften getrieben. In Bromberg ist die Brahe über die Volkermühl getreten. Ein Teil des Hauptpostamtes steht im Wasser. Die Keller der an der Brahe gelegenen Häuser und Speicher sind vollgelaufen. Der Höhepunkt des Hochwassers wird erst Mittwoch früh erwartet.

Die Eismassen bilden einen haushohen Wall von 25 Kilometer Länge, der durch ständigen Wechsel zwischen Taumetern und Frost zu einem gewaltigen Block zusammengeschmolzen ist, gegen den Eisbrecher und Dynamit machtlos bleiben.

Schwerste Bedrohung deutscher Bauernhöfe.

DNB Bromberg, 9. März.

Die Lage in der Weichselniederung hat sich infolge des Hochwassers in den letzten 24 Stunden außerordentlich verschärft. Die fast durchweg von deutschen Bauern bewohnten Dörfer sind auf das höchste bedroht. Es ist das erste Mal, daß die Weichsel durch eine Eisbarriere von 25 Kilometer Länge gestaut wird. Dazu kommt, daß auch aus der Weichsel waldartige Riesel eine Hochwasserwelle mit Eisgang gemeldet wird. Die Dienstag nachmittag bei Bromberg anlangende Dürfte. Man befürchtet sogar, daß unter dem ungeheuren Druck der Eismassen die gegen Eisgang gut gesicherte Eisenbahnbrücke bei Forbun beschädigt wird. Bei einem weiteren Steigen des Brahepegels rechnet man in Bromberg mit einer Hochwasserkatastrophe, die die von 1924 noch überflutete dürfte.

Dem jüdischen Schauspieler Otto Wallburg, der bisher mit recht zweifelhaftem Erfolg, gestützt auf seine jüdischen Sympathien, an verschiedenen Wiener Bühnen aufgetreten war, ist die weitere Arbeitsbeteiligung entzogen worden.

Als der Arbeitsminister hierauf zum dritten Male seine Rede beginnen wollte, erhob sich ein Stillestand, wobei die Labour-Opposition im Chor immer wieder „Abkündigung! Abkündigung!“ rief, während der Chor der Regierungsanhänger in gleicher Weise „Ordnung, Ordnung!“ rief.

Erst nach minutenlangen Rundgebungen konnte der Arbeitsminister schließlich seine Rede beginnen, in der er darauf hinwies, in wie großem Umfang das Aufbauprogramm durch Beiträge, neue Fabrikanlagen in den Elendsgebieten zu schaffen. Das würde seiner Ansicht nach erheblich dazu beitragen, daß die Arbeitslosigkeit in den Elendsgebieten vermindert werde.

Dem Arbeitsminister, der durch seine laute Stimme bekannt ist, gelang es schließlich, durch lautes Sprechen die Opposition zu überhören, die sich endlich geschlagen gab und den Minister unbehindert reden ließ.

Lehrer
Ein hohes
ein Kett
selbst Eis
Hafen. De

Sta

B

m

Einwohner a
Geburten
Sierbefälle
Geschlechts
Wohlfahrts
daraus Wohl
Uebernächtl
Wohnhäuser:
a) Neuba
b) Umw
Gewerbliche
a) Neuba
b) Umw
Landwirtschaft
a) Neuba
b) Umw
Bäder in der
a) Banne
b) Brause
c) Brause
Feuerwehrau
Verkehrsunf

Schwer

Führer erg

p. Gestern

Dinzperloer
Radfahrer aus
angefahren
Armbruch trug
mußte mit
Krankenhaus
stimmerte sich
die Flucht.
Ermittlungen
1 1/2 Stunden
festnehmen.
Geführt und
führt. Da er u
Führerludt je
Bestrafung zu

ereignete sich
stöße. Eine
abgeben, und
tur...ischen zu
trauungen ang
des Wagens b
elternlichen Wol
Radfahrer: Gef
ändern wollt!

Aus

Am Son
Verammlung
Mitglieder. Be
Vortrag über
Wie sehr die
her einsehende
Vorträge sters
der Ausführung
gefallen, so d
reicher nach Ha
frauen fehlte
schnell und zu
Raum nahm die
Reichsbahnen
günstig war
harten Kermeh
Rauschschiff
über das Th
Ratt. Auf die
Landesverbandes

erhofften amerikani-
usfchuf des Bundes-
zumutung ge-
Regierung nunmehr
des amerikanischen
epläne abgelehnt.

kverein
Goebbels.

Berlin, 9. März.
klärung und Propa-
Dienstagnachmittag
trundfunkwer-
die mehr als 120
30 Nationen voll-
retern der deutschen
waren zugleich auch
aus Staat, Partei,
hörte des diplomati-

nseln in den Fest-
kam in herrlicher
tsameradität zum
schäfts aller Länder
auch die persönliche
änner des national-
funt entgegenbringen.

Litauen.
herrs von Neurath
nenminister.

Berlin, 9. März.
ter Pozoraitis
he nach der Riviera
elchtern von Neu-
längere Ausprache
ragen.

nordöstlich
ert an.

Niederlage zu.
Paris, 9. März.

gerat" von Madrid
sten in der Provinz
bei Cogoledo und
dagh der Bor-
appen dort an-

strophe
ündung.

rn überflutet.

Danzig, 9. März.

der Weichsel und
mit rasender
seit Jahrhunderten
nicht. An der Bräbe
90 Meter gemessen
hochwassers
Landstriche zwischen
man überflutet. Das
Drückwasser getrieben.
Der die Bollwerkstür
p kam es feht
er. Der Höhepunkt
rüh erwartet.
nen haushohen
ge, der durch stän-
nd groß zu einem
en ist, gegen den
eiden.

er Bauernbrüder.

omburg, 9. März.

hat sich infolge des
von den deutschen
und auf das
erke Mal, daß die
5 Kilometer Länge
aus der Wölfe-
ajserwelle mit
Diensttag nachmittag
an befürchtet logar.
Eismassen die gegen
bei Jordan be-
Steigen des Bräbe-
mit einer Hoch-
von 1924 noch über-

Wallburg, der
a. gestützt auf seine
benen Wiener Büh-
Arbeitsbewil-

aus.

igen.

chen wollte, wurde
überhüttet, daß es
übergeleitet war.
al und hatte kaum
itglied der Bauour-
te, daß die Finanz-
nung geistigt wer-
abgelehnt.

um dritten Male
ob sich ein Söllens-
im Chor immer
iel, während
r in gleicher Weise

ungen konnte der
beginnen, in der er
mänge das Auf-
fabrikanlagen in
würde seiner An-
die Arbeitslosigkeit

eine laute Stimme
durch lautes
übertrug, die
künstler unbehindert

Hafes Erzählungen

Schröckliche
Geschichte vom Eislauf



... Gottlob hat er statt Verstand
sehr viel Glück und kommt an Land!
Ein hohler Kopf hält ebenso sicher über Wasser wie
ein Rettungsring, und ein harter Holzschädel bricht
selbst Eis! Sedoch... (hat die Sache noch einen
Haken. Davon berichtet das Volksblatt morgen).

Stadt Bocholt.

Mittwoch, den 10. März 1937.

Bocholt in Zahlen.

Monatsstatistik der Stadt Bocholt.

	1937: Februar	Januar
Einwohner am Monatsende	34785	34749
Geburten	63	95
Sterbefälle	35	39
Eheschließungen	19	17
Wohlfahrtsempfänger	660	688
davon Wohlfahrtserwerbslose	206	228
Ueberrachtungen in Gasthöfen	528	488
Ueberrachtungen in der Jugendherberge	—	1
Wohnhäuser:		
a) Neubauten	5	5
b) Um- und Erweiterungsbauten	3	3
Gewerbliche Bauten:		
a) Neubauten	3	3
b) Um- und Erweiterungsbauten	—	1
Landwirtschaftliche Bauten:		
a) Neubauten	2	2
b) Um- und Erweiterungsbauten	—	—
Bäder in der Badeanstalt am Lagerhof:		
a) Männerbäder	172	158
b) Frauenbäder	1116	1090
c) Brausebäder für Schulkinder	1453	1119
Feuerwehralarmierungen	1	2
Verkehrsunfälle	7	6

Schwerer Verkehrsunfall.

Führer ergriff die Flucht, wird von der Polizei
geleitet und festgenommen.

p. Gestern abend gegen 20.30 Uhr wurde auf der
Dünperloer Straße in der Nähe der Stadtbogen ein
Radfahrer aus Sport von einem Personentruckwagen
angefahren und schwer verletzt. Außer einem
Armbruch trug er eine Gehirnerschütterung davon und
musste mit dem städtischen Krankenwagen in das
Krankenhaus gebracht werden. Der Führer des Autos
klammerte sich nicht um den Verletzten, sondern ergriff
die Flucht. Die Polizei stellte sofort die erforderlichen
Ermittlungen an und konnte den Fahrer nach etwa
1 1/2 Stunden in einer Wirtschaft auf der Navardstraße
festnehmen. Er wurde dem Arzt zur Untersuchung vor-
geführt und anschließend in das Polizeigefängnis über-
führt. Da er unter Alkoholfand und sich außerdem der
Führerflucht schuldig machte hat er eine empfindliche
Verurteilung zu erwarten.

Noch ein Verkehrsunfall

ereignete sich gestern gegen 13 Uhr auf der Münster-
straße. Eine Radfahrerin wollte in die Schwarzhofstraße
abbiegen, unterließ es aber, das erforderliche Rich-
tungssignal zu geben. Sie wurde von einem Personentruck-
wagen angefahren und leicht verletzt. Der Führer
des Wagens brachte die Verletzte in seinem Auto zur
eigenen Wohnung. Eine ernste Mahnung an alle
Radfahrer: Seht Zeichen, wenn ihr eure Fahrfreiheit
ändern wollt!

Aus dem Schafzuchtverein.

Am Sonntag hielt der Schafzuchtverein eine
Verammlung ab, verbunden mit einer Schulung der
Mitglieder. Veterinärarzt Kleinmann hielt einen
Vortrag über Schafkrankheiten und deren Bekämpfung.
Wie sehr dieser Vortrag gefallen hat, bewies die nach-
her einsehende Ausprache und der Wunsch, derartige
Vorträge öfters zu hören. Die leicht verständliche Art
der Ausführungen hat den Mitgliedern besonders gut
gefallen, so daß wohl jeder um manche Erfahrung
reicher nach Hause ging. Nur schade, daß die Züchter-
frauen fehlten. Die weitere Tagesordnung wurde
schnell und zufriedenstellend abgewickelt. Einen breiten
Raum nahm die Beschaffung von Schafen mittels von
Reichsdarlehen ein. Die Inanspruchnahme dieser Ver-
günstigung war reg, so daß wir in Zukunft mit einer
starken Vermehrung unserer Schafe rechnen können.
Voranschaulich findet im Mai ein Schulungsvortrag
über das Thema „Reinzuht und Zuchtbuchführung“
statt. Auf dieser Versammlung wird ein Vertreter des
Landesverbandes Westfälischer Schafzüchter sprechen.

Im Festsaal des Rathauses:

Feierliche Eröffnung der Kreiskulturwoche.

In Bocholt wird die zweite Kreiskulturkammer im ganzen Reich gegründet.
Ernennung der Kreiskulturbeauftragten.

§ Bocholt, 10. März.

Am Montagabend hat die Kreiskulturwoche in Bo-
holt, deren Träger die Kreisverwaltung Bocholt sind,
mit einer Feierstunde im Festsaal des Rathauses ihren
Anfang genommen. Die Stadt Bocholt darf nicht wenig
stolz darauf sein, daß die erste derartige Kul-
turwoche im ganzen Deutschen Reich gerade
in ihren Mauern stattfindet. Das hat aber auch seinen
Grund: Man will hier, im äußersten Westen der Pro-
vinz Westfalen und des Reiches, Zeugnis ablegen vom
Kulturwillen des neuen Deutschland.

Mit der Eröffnung der Kreiskulturkammer und den
daraus resultierenden NS-Kulturgemeinden im Jahre
1933 wurde ein wichtiger Schritt in das Gebäude des
neuen Staates eingefügt. Die Kreiskulturkammer hat
nach dem Gesetz die Aufgabe, „die deutsche Kultur in
Verantwortung für Volk und Reich zu fördern, die
wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten der Kul-
turberufe zu regeln und zwischen allen Bestrebungen der
ihr angehörenden Gruppen einen Ausgleich zu bewir-
ken“. Troden und nüdtern mutet dieser Satz an, und
doch birgt er in sich eine neue Welt, eine neue deutsche
Zukunft. Hinweggefast ist jener Liberalismus des
Gefüßes, der das deutsche Volk an der Wurzel frant ge-
macht hatte. Ausgerottet damit jenes Literatentum,
das sich durch eine eklektische Doppelzüngigkeit hervor-
tat, verschwunden der Snobismus in der Musik, der
Volschewismus in der bildenden Kunst.

Nunmehr ist das gesamte kulturelle Gebiet in der
Reichskulturkammer zusammengefaßt, und der schöpferi-
sche Mensch ist dem Volk wiedergerichtet worden, das
Gesetz umgrenzt den Bezirk seines Schaffens, den Boden,
auf dem er steht. Nicht nur der schöpferische und künst-
lerische Mensch ist dem Volke verpflichtet; alle, die
irgendwie bei der Erzeugung von geistigem und kultu-
rellem Gut beteiligt sind, werden durch das Gesetz zu
Dienern des Volkes geadeht. Denn Dienst am Volk ist
höchster Adel.

Dienst an und aus der Gemeinschaft!

Wäre es allerdings nach dem Wunsch der Herren
Emigranten und ihrer ausländischen Kumpane gegan-
gen, die mit ihren Prophezeiungen für die Zukunft der
deutschen Kultur nicht gerade jaghaft und wäßerlich
waren, dann müßte heute das tiefste Dunkel über dem
kulturellen Leben Deutschlands liegen, und alles müßte
erstickt sein im bildungs- und geistlosen Sumpf. Daß
der Wunschtraum dieser überweltenden Heher nicht in
Erfüllung ging, davon wird auch die Kreiskulturkammer
in Bocholt, deren Veranftaltungsfolge auf durchaus be-
achtenswertem Niveau steht, zeugen. Und die Veröf-
fentlichung der Stadt Bocholt und des Kreises Borken wird
durch ihre Anteilnahme dafür sorgen, daß die Kultur-
woche zu einem eindeutigen Beweis des Gemeinheits-
willens aller Volskgenossen in Stadt und Land wird;
denn Volskultut muß Volsch jedes einzelnen
Volskgenossen werden!

Die Eröffnung der Kreiskulturwoche

fand vor geladenen Gästen im Rahmen einer Feier-
stunde im Festsaal des Rathauses, das am Montag-
abend aus diesem Anlaß festlich beleuchtet war, statt.
Man bemerkte außer den Amtswältern und Amts-
wallerinnen der Partei und ihrer Gliederungen die
Vertreter der Behörden, der Organisationen und der
verschiedenen Berufe. Besondere Erwähnung verdient
die Anwesenheit des Polizeipräsidenten von Dortmund,
SA-Brigadeführer Vogel.

Die Feierstunde wurde eingeleitet durch Berlen
alter deutscher Musik aus dem Jahre 1808, zwei In-
traden des Coburger Kapellmeisters Melchior Frank,
der zu seiner Zeit einer der bedeutendsten Melodisten
und fruchtbarsten Tonsetzer war. Das Kammerfreis-
orchester unter Leitung von Willy Langheinrich
brachte die Intraden labellos zu Gehör. Sodann trat
Oberbürgermeister Jergang

vor das Rednerpult, um die Begrüßungsansprache zu
halten. Als Kreisleiter Pfeffer mit der Idee der Ver-
anstaltung einer Kreiskulturwoche in Bocholt an ihn
herangetreten ist, da sei es eine große Freude für ihn
und seine kulturellen und künstlerischen Mitarbeiter ge-
wesen, sich mit allen Kräften für die Verwirklichung
dieser Idee zur Verfügung zu stellen. Das Programm
der Kulturwoche zeige in erfreulicher Weise, daß die
Mischheit, hier einen Auschnitt aus dem deutschen Kul-
turschaffen zu geben, wahrgemacht werde.

Wer Bocholt und die Kreise in Bocholt fenne, die
für diese künstlerischen und kulturellen Veranstal-
tungen infrage kämen, der wisse, daß eine derartige
Veranstaltung kein Risiko in sich birge.
Wenn auch die Stadt Bocholt und ihre Umgebung auf
diesem oder jenem Gebiet vielleicht rückständig sein
mögen, auf dem Gebiet des Theaters und der Musik
dürften die Bocholter für sich in Anspruch nehmen,
hinter anderen Städten unseres Ganes nicht zurückzu-
stehen. Der ehemalige Theaterverein habe in seinem
jahrzehntelangen Wirken hier einen fruchtbaren Boden
bereitet. Darbietungen von Schülern des deutschen
Kunstschaffens seien losgerissen zu einer Mätligkeit im
Bocholter Kulturleben geworden. So würden auch die
Veranstaltungen der Kulturwoche, die zum Teil etwas
vollständig Neues brächten, gewiß das Interesse weite-
rer Kreise finden.

Sodann dankte der Oberbürgermeister den Anwesen-
den für ihr Erscheinen und für das Verständnis, das
sie damit den kulturellen Bestrebungen entgegenbräch-
ten. Weiter dankte er seinen Mitarbeitern, die sich in
opferbereiter Weise in den Dienst der Sache gestellt
hätten.

Diese Woche solle den Boden bereiten der national-
sozialistischen Kulturgemeinde, die als Trägerin
nationalsozialistischen Kunst- und Kulturwillens be-
rufen sei, in den kommenden Jahren härter als
bisher Träger auch des Kultur- und Kunstlebens
der Stadt Bocholt zu sein.

Der Oberbürgermeister schloß seine Ausführungen mit
der frohen Hoffnung, daß der Kreiskulturwoche in Bo-
holt ein voller Erfolg beschieden sein möge.

Als Vertreter des am Erscheinenden verbündeten Lan-
deskulturlwalters im Gau Westfalen-Nord Pg. Schmidt
nahm Johann

Pg. Viehoff (Münster)

das Wort zu grundsätzlichen Ausführungen über die
kulturellen und künstlerischen Bestrebungen im neuen
Deutschland. Einleitend wies der Redner auf die ge-
legenden Einflüsse hin, die der jüdische Geist auf das

gesamte deutsche Kulturleben in den letzten Jahrzeh-
nten gehabt habe und die das deutsche Kulturleben an
den Rand des Abgrundes bringen mußten. Überall
hätten sich diese zerlegenden Reime eingefressen, ohne
damals bei den intellektuellen Kreisen irgendwie auf
Widerstand gestoßen zu sein. Man habe eben nicht den
Mut gehabt, dieser jüdisch zerlegenden Kunst entgegen-
zutreten, und dadurch dem Arbeiter deutsche Art und
deutsche Kultur genommen und ihn so seinem Vater-
land entfremdet. Im einzelnen schilderte Johann der
Redner den Verfall auf dem Gebiet des Theaters, der
Literatur, der Kunst und des Films. Die Kunst
war nicht mehr für das Volk da, sondern sie
hatte sich völkstrem isoliert. Seit der Machtübernahme
wurde hier eine grundlegende Aenderung geschaffen in
der Errichtung der Reichskulturkammer. Rück-
sichtslos wurde das deutsche Kultur- und Geistesleben
von allen jüdisch-marxistischen Elementen gesäubert.
Gerade die Kreiskulturkammer ist die erste Institution
von allen Gliederungen und Organisationen gewesen,
die von den jüdischen Elementen restlos gesäubert
wurde. — Der Redner legte sodann die Aufgaben der
Reichskulturkammer und ihrer sieben Abteilungen dar
und wies weiter auf die großer Leistungen auf allen
Gebieten der deutschen Kunst und Kultur seit der
Machtübernahme hin.

Heute sei Deutschland wieder das größte und
erste Kulturland der Welt.

Tag für Tag werde in 250 deutschen Theatern sowie
auf zahlreichen Wanderbühnen Theater gespielt. Deut-
sche Filme würden in der ganzen Welt als Spiege-
lungen anerkannt. Die bildenden Künste kündeten
in ihren Werken den Anfang einer neuen, national-
sozialistischen Kunstperiode an, deutsches Schrifttum ringe
bewußt nach neuen Formen und der Rundfunk sei zu
einem unentbehrlichen Lebensbegleiter des deutschen
Volkes, zu einer lebendigen Brücke zwischen Führer und
Volk geworden; je doch die Zahl der Rundfunkteil-
nehmer in den letzten vier Jahren von vier auf über
acht Millionen gestiegen! Zu alledem kämen die kultu-
rellen Großveranstaltungen, die einzig dastünden in der
ganzen Welt.

Wir alle aber, so führte der Redner weiter aus,
können nur helfen, die Plattform zu schaffen, auf
der einst unsere Jugend sich das Sonnenreich, das
ewige Deutschland, aufbauen wird.

Dann betonte der Redner, daß es in dieser Feierstunde
zunächst gelte,

die zweite Kreiskulturkammer im ganzen Reich
zu gründen (die erste wurde vor einiger Zeit in Ges-
senkirchen gegründet) und die erste Kreiskultur-
woche im Gau Westfalen-Nord zu eröffnen.
Nachdem der Redner kurz den Aufgabenbereich der
Kreiskulturkammer und der einzelnen Kreisbeauftrag-
ten skizziert hatte (die letzteren sind die Verbindungs-
männer zwischen den Kunstschaffenden des Ganes und
die Führer des kulturellen Lebens im Kreise), gab er
bekannt, daß im Einvernehmen mit dem Landeskultur-
waller Schmidt und dem Kreisleiter Pfeffer Rechts-
anwalt Dr. Ewald Mühleneisen (Bocholt) zum
Kreisbeauftragten ernannt sei. Ferner wurden

für die Rundfunkkammer: Pg. A. Schumacher

(Borken)

für die Filmkammer: Pg. K. Kelling jun. (Bocholt)

Drei Monate Gefängnis wegen fortgesetzten Betruges.

Das Coesfelder Schöffengericht wieder einmal in Bocholt.

§ Bocholt, 10. März.

Gestern weite das Coesfelder Schöffengericht wie-
der einmal in Bocholt, um in mehreren Strafsachen zu
verhandeln. Zunächst hatte sich der 24-jährige J. H.
von hier zu verantworten, der wegen fortgesetzten Be-
trugs und Diebstahls angeklagt war. Dem Angeklagten
wurde vorgelesen, Material, das er bereits bearbei-
tet hatte, aus dem weiteren Arbeitsgang innerhalb
des Betriebes herausgenommen und abgemals als von
ihm bearbeitet angegeben zu haben. Im ganzen soll
er auf diese Weise 4351 Rlg. des betreffenden Mate-
rials doppelt bezahlt bekommen und dadurch einen
Lohn von rund 600 .M zu Unrecht erhalten haben.

Der Angeklagte bestritt, schuldig zu sein. Er gab
lediglich zu, Material in geringen Mengen, das ein
Arbeitskollege ihm weggenommen habe, wieder an sich
genommen zu haben. Im übrigen behauptete er, daß
ihn zahlreiche Ueberfunden, die er geleistet habe, nicht
bezahlt worden seien.

Aus den Aussagen des Betriebsinhabers ging her-
vor, daß der Angeklagte in einem anderen Betrieb, in
dem beide, der Zeuge und der Angeklagte, früher
gearbeitet haben, sich ähnliche Unregelmäßigkeiten habe
zuschulden kommen lassen. Damals habe man jedoch
aus gewissen Gründen den Vorfall totgeschwiegen.

Die Vernehmung der weiteren Zeugen, bei denen
es sich um Arbeitskollegen des Angeklagten handelte,
gestaltete sich zum Teil recht dramatisch. Es ergab sich
nämlich, daß der Zeuge G. und der Angeklagte am
Abend vor dem Termin in der Wohnung des Zeugen
H. gewesen sind, wobei man natürlich über den Pro-
zeß gesprochen hat. Da der Zeuge G. zunächst Aus-
sagen machte, die von seinen früher bei der Polizei
gemachten Aussagen erheblich abwichen, und daher der
Verdacht bestand, daß der Zeuge den Angeklagten be-
günstige, sah sich der Staatsanwalt gezwungen, diesen
Zeugen energisch auf die Bedeutung des Eides auf-
merksam zu machen. Auch dem Zeugen S., der nur
einige Male gesehen haben will, daß der Angeklagte
jedemal etwa 4 bis 5 Rlg. Material, das der Zeuge
G. zur Bearbeitung hatte, aus einem Sad genommen
hat, mußte der Staatsanwalt schwärzen ins Gewissen
reden. Ein weiterer Zeuge G. weiß nur einiges vom
Hörsagen, während die Tochter des Betriebsinhabers
keine Angaben von Bedeutung machen kann.

Der Staatsanwalt weist zu Beginn seines
Vidobers darauf hin, daß der Angeklagte gemeinam
mit dem Zeugen G. den Zeugen H. am Abend vor
dem Termin aufgesucht habe, sei an sich schon sehr ver-
dächtig. Wenn der Angeklagte sich vollkommen unersch-
ütterlich fülle, dann hätte er der Verhandlung ruhig ent-
gegengehen können. Der Angeklagte habe jedoch ver-
sucht, den Zeugen G. für eine andere Einstellung zu
gewinnen, als er zuerst bei der Polizei gemacht
habe. Wenn auch der Angeklagte strafrechtlich noch
nicht vorbestraft sei, so gehe doch aus den Aussagen

für die Pressekammer: Pg. Pfeffer (Bocholt)
für die Kammer der bildenden Künste: K. Eller
(Bocholt)

für die Theater- und Musikammer: S. Pelfter
(Bocholt)

für die Schriftkammer: Pg. Eggers (Borken).
Damit ist die Kreiskulturkammer des Kreises Borken-
Bocholt errichtet. Nachdem der Redner sich nochmals
über die Aufgaben der Kreiskulturkammer und ihrer
Beauftragten verbreitet und die Sendung des Kunst-
lers im neuen Deutschland beleuchtet hatte,

erklärte er die Kreiskulturwoche für eröffnet.
Abermals gab das Kammerorchester eine Probe
seines Könnens und zwar durch Vortrag der Suite aus
der „Jedmusit“ des Weihenberger Kapellmeisters Joh.
Phil. Krieger, der um 1700 die Entwicklung der
Musik in Mitteldeutschland entscheidend beeinflusste.

Kreisleiter Pfeffer

sprach das Schlußwort. Er dankte zunächst dem Pg.
Viehoff für die Gründung der Kreiskulturkammer und
die Ernennung der Beauftragten für die Einsteckam-
mern sowie Oberbürgermeister Jergang für die freunde-
liche Unterstützung, die es ermöglicht habe, die Kreis-
kulturwoche in einem solchen Rahmen aufzuziehen.
Vielleicht werde sich mancher fragen, was denn die
NSDAP. und die Stadtverwaltung Bocholt überhaupt
mit Kulturarbeit zu tun hätten. Diese Frage beantwortete
er dahin, daß

die Nationalsozialisten bereits in der Kampfzeit
die Erkenntnis gewonnen hätten, daß der Nieder-
gang des deutschen Volkes auf politischem wie auf
wirtschaftlichem Gebiet nur dadurch möglich ge-
wesen sei, weil das kulturelle Leben des deutschen
Volkes vollständig vernachlässigt worden sei.

Ein Volk, das seine Kultur hochhalte, werde und könne
nie im Materialismus verfallen, in dem der Volsche-
wismus zuhause sei. Nachdem der Redner noch kurz
den Begriff „Kultur“ erläutert hatte, wies er auf die
Verschiedenheit der kulturellen Bedürfnisse zwischen der
städtischen und ländlichen Bevölkerung hin, auf die man
natürlich bei der Pflege der kulturellen Dinge Rücksicht
nehmen müsse. Man könne nicht in Steinen oder Barlo
Wagnerische Opern auführen, dafür aber könne man
die Landbevölkerung auf die zahlreichen Denkmäler der
germanischen Vorzeit und der vergangenen Jahrhunderte
in der hiesigen Gegend wie die Sünengräber, die Flich-
burgen, die Wasserburgen usw. hinweisen. Es könne
keine schönere Aufgabe geben, als den deutschen Men-
schen jener Zeit näher zu bringen, in der unsere Väter
auf diesem Boden gearbeitet haben, und ihn in die
Sitten und Bräuche unserer Väterordern einzuführen
und sie zu pflegen. Mit dieser Kulturarbeit diene man
dem Führer und helfe man am Aufbau der deutschen
Kultur und des deutschen Vaterlandes. In dieser
Stunde wolle man auch daran denken, daß der Führer
der erste Mitarbeiter am kulturellen Leben sei. Ohne
ihn wäre Deutschland nie wieder aus dem Sumpf kul-
turellen Niederganges herausgekommen und nie wieder
frei geworden von fremden Einflüssen. Ein Volk aber,
das keine Kultur mehr habe, sei ein Elanenvolk.

Mit einem Siegesheil auf den Führer als dem Er-
neuerer und Förderer der deutschen Kultur und dem
Gefang der nationalen Hymnen läute die Feierstunde
würdig aus. Möge sie in ihrem inneren Gehalt rich-
tungweisend für die kommenden Veranstaltungen der
Kulturwoche sein.

Am Zuchthaus soeben vorbei.

10 Monate Gefängnis
wegen Weilsche zum Devisenvergehen.

Weiter hatte sich eine 31-jährige Ehefrau A. aus
Bocholt wegen Vergehens gegen die Devisenverord-
nung zu verantworten. Die Angeklagte, die sich seit dem
20. Dezember verg. Js. in Unterhuchshaft befindet,
ist bereits neunmal wegen Schmuggels, zuletzt mit zehn
Monaten Gefängnis, vorbestraft. Ihr wurde in dem
jetzigen Verfahren vorgelesen, in den Monaten No-
vember und Dezember verg. Js. Zahlungsmittel in Höhe
von 650 .M ohne Genehmigung der zuständigen Devisen-
stelle ins Ausland gebracht zu haben. Da es sich hier
um erhebliche Devisenvergehungen handelte, wurde die
Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staats-
interessen ausgeschlossen.

Die Angeklagte gibt zu, Papiergeld gegen Sil-
bergeld eingewechselt zu haben; sie bestritt aber, das
Silbergeld selbst nach Holland gebracht zu haben. Sie
woll das Geld für einen Bekannten, dessen Namen sie
nicht angeben will, eingewechselt haben, im übrigen
aber nicht gewußt haben, daß das Einwechseln strafbar
sei, was ihr natürlich niemand glaubt.

Ein als Zeuge vernommener Kriminalbeamter sagt
aus, daß die Angeklagte an dem fraglichen Tage in
mehreren hiesigen Geschäften größere Mengen Papier-
geld gegen Silbergeld gewechselt hat. Sie kaufte in
einem größeren Geschäft an verschiedenen Stellen Klei-
nigkeiten und bezahlte jedesmal mit fünfzig oder
zwanzig Marktscheinen, wobei sie bei der Rückgabe des
Geldes möglichst fünf Marktscheine verlangte hat. Der
Zeuge hat gesehen, wie der Bruder der Angeklagten in
Wästen aus einer bekannten Wechselstube gekommen ist.
Ein früherer Bocholter, der als Schmuggler bekannt ist

und jetzt in Wallen wohnt, hat dem Zeugen erklärt, daß die Angeklagte mit ihrem Bruder fast täglich in Holland gewesen sei und Geld eingewechselt habe.

Ein Beamter der Zollfahndungsstelle Borken hat seinerzeit die Angeklagte auf frischer Tat erwischt, als sie 186 M. in Silbergeld in der Tasche hatte. Die Angeklagte habe das Geldwecheln so stark betrieben, daß es den Verkäuferinnen in dem fraglichen Geschäft aufgefallen sei. Nach Meinung dieses Zeugen hat die Angeklagte das Papiergeld wahrscheinlich für ihren Bruder bzw. für sonstige Verwandte, die regen Darnschmuggel betreiben, gewechselt.

Der Staatsanwalt charakterisiert die Angeklagte in seinem Wädger als eine bekannte Schmugglerin, die bereits mit 19 Jahren wegen Schmuggels bestraft worden sei. Zuletzt sei sie noch im vergangenen Jahre wegen Schmuggels zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden; aber auch dieser Strafe habe sie sich nicht begeben lassen. Sie habe sich aber die schwerste Straftat zu, 300 bis 400 M. für einen Bekannten eingewechselt zu haben; dieser Bekannte aber sei ein Berufsschmuggler. Es sei zwar nicht einwandfrei nachgewiesen, daß die Angeklagte das Geld persönlich über die Grenze gebracht habe. Sie habe sich aber der fortgesetzten Beihilfe zum Devisenvergehen schuldig gemacht; denn sie habe genau gewußt, um was es sich hier handelte. Sie habe auch gewerksmäßig gehandelt, weil sie beim Einlösen des Geldes jedesmal etwas verdiente. Auf Milder könne die Angeklagte daher nicht mehr rechnen.

Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagte ein Jahr und drei Monate Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft, ferner 500 M. Geldstrafe oder einen Monat Zuchthaus, Einziehung von 186 M., die beschlagnahmt worden waren, sowie einen Wertersatz in Höhe von 500 M.

Der Vertreter der Zollbehörde schloß sich den Ausführungen des Staatsanwalts in vollem Umfange an. Der Verteidiger schloßerte das Milieu, in dem die Angeklagte durch Verwandtschaft und Heirat verflochten sei, und bat um eine mildere Strafe für die Angeklagte bzw. um Aufhebung des Haftbefehls, da die Angeklagte bereits im siebenten Monat schwanger sei.

Das Urteil lautet:

Die Angeklagte wird wegen Beihilfe zum fortgesetzten Devisenvergehen zu zehn Monaten Gefängnis sowie zu einer Geldstrafe in Höhe von 4000 M. verurteilt. Die beschlagnahmten Geldmittel werden eingezogen. Die Geldstrafe wird durch die Untersuchungshaft nicht verbüßt erklärt. Eine Wertersatzstrafe wird nicht verhängt, da die Angeklagte wahrscheinlich das Geld nicht über die Grenze gebracht hat.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende u. a. aus, die Angeklagte sei teilweise gefählig gewesen; sie habe nur Beihilfe zum Devisenvergehen geleistet. Gewiß spreche vieles dafür, daß hier ein besonders schwerer Fall vorliege, vor allem müsse man die Hartnäckigkeit hervorheben, mit der die Angeklagte die Tat begangen habe. Aber sie habe wahrscheinlich den Schmuggel nicht im eigenen Interesse begangen. Die früheren Vorstrafen seien verhältnismäßig gering gewesen. Wenn auch

die letzte Strafe eine höhere Gefängnisstrafe gewesen sei, so könne man doch noch nicht eine Zuchthausstrafe in Anwendung bringen. Mit Rücksicht auf die Höhe der Strafe wird der Haftbefehl aufrechterhalten.

„Kampf dem Verderb.“

Voller Erfolg der Altmaterialsammlung.

Die erste Sammlung für die Aktion „Kampf dem Verderb“ hat gezeigt, daß die Bocholter Bevölkerung jede Aufgabe, die der Vierjahresplan an uns alle stellt, ernst aufnimmt und bereit ist, diese Aufgaben zu lösen. Es wurde in der verhältnismäßig kurzen Zeit der am 5. März von 15 bis gegen 18 Uhr erfolgten Sammlung insgesamt 105,4 M. Altmaterial festlicher Art gesammelt. Dieser Betrag wurde bereits dem WSVB. zugeführt.

Ein Bocholter Volksgenosse hat einen größeren Posten Altmaterial an einen Händler verkauft und den hierfür erzielten Betrag von etwa 96,— M. dem WSVB. direkt überwiesen, so daß ein Gesamtbetrag von etwa 201,— M. für die erste Aktion wohl als ein zufriedenstellendes Ergebnis bezeichnet werden darf. Alle Haushaltungen Bochols sind aber bei weitem nicht erfasst, und so wird am Mittwochnachmittag (10. März d. J.) bereits die zweite Sammlung von der Bocholter HJ. durchgeführt. Diese Sammlung macht es unseren jungen Kameraden aber leichter. Auf einem großen Anhänger wird eine Glode angebracht, die das Herannahen dieses Zuges erkennen läßt. Auf diese Weise ist es möglich, jeden Haushalt und Betrieb zu erfassen, um auch eventl. größere Gegenstände mitzu-

nehmen. Der Wagen mit der Glode wird am Mittwoch um 14 Uhr seine Tätigkeit, beginnend an der Dingener Straße, aufnehmen und sich systematisch durch ganz Bocholt vorarbeiten.

Volksgenossen! Seht noch einmal die Eden genau nach und gebt dem HJ.-Kameraden alles mit, was ihr entbehren könnt! Auch in Flur und Feld ist kein Platz für derartiges Gerümpel. Tragt auch dort diese Sachen zusammen und gebt sie dem Kameraden mit! Alles, was ihr in dieser Hinsicht zu tun bereit seid, kommt dem Volksganzen zugute.

Es ist schon eine erfreuliche Tatsache, wenn die Bocholter Bevölkerung durch diese Aktion dem WSVB. namhafte Beträge zukommen läßt. Doch der Hauptzweck ist es, daß die Sachen überhaupt der HJ. zugeführt werden. Einige Unklarheiten seien hier einmal besonders beseitigt.

Es gibt Volksgenossen, die da fassen, für Silberpapier gebe es 3 B. 8.— M., man spricht auch von 12.— M. pro Kilo. Wahrheit ist, daß für 1 Kilo Silberpapier 0,25 M. gezahlt wird. Auch dürfte es keine Volksgenossen geben, die eventl. einem HJ.-Kameraden ein altes Bleirohr o. ä. anbieten, und dann, wenn sie den Preis hierfür erfahren, sagen: „Nä, dann lot et mer noch liegen.“

Wenn für Rohstoffe hohe Preise gezahlt würden, so wäre es eine logische Folgerung, daß auch die Fertigen im Preise beträchtlich steigen könnten.

Tun Sie also ihre Pflicht und geben Sie, was zu entbehren ist! Lassen Sie aber nichts in den Eden liegen, wofür Sie doch keine Verwertung haben.

Ortsbeauftragter für die Aktion „Kampf dem Verderb“ und „Kampf dem Rohstoffmangel“

AUTO-UNION

Rennfilm

Des großen Andranges wegen wird der Film am Mittwoch, dem 10. März 1937, im **Apollo-Theater** Bocholt, Neustraße nochmals vorgeführt.

1. Vorstellung 5 Uhr
2. Vorstellung 8.30 Uhr

Veranstaltet in Zusammenarbeit mit der Firma **Tekampe & Fisser** Bocholt i. W. Nordstraße Auto-Union-Vertretung

Brutzentrale Suderwick.

Inh. W. Bruntink. Tel. 250 Amt Isselburg

Mitglied der Reichsfachgruppe Landw. Geflügel- und Herdbuchzüchter.

Lohnbrut Eintagsküken

täglich von „Weiße Leghorn“, „Rebhuhn“, „Italiener“, „Rote Rhodländer“ usw. gegen Mindestpreise. 1607

„Weiße Barnevelder“ für April ausverkauft.

Unsere Fernsprechnummer ist **3283**

Temming & Heilbach

Bocholt, Nordstraße 27

Ratten, Mäuse vernichtet

Universal radikal

Paket 50 und 75 Pfg. Erhältlich nur in der

Drog. Maas Osterstraße 25

Gummi-Wärmflaschen

gute, haltbare Qualitäten, ab

1.35 RM.

Dragerie Vass Osterstraße 43 (396k)

WINKLER Neustraße 18

la grüne Heringe und Bratbückinge

Fischhalle M. Ostendae Osterstraße 3 Ruf 3208

immer größer

wird der Kreis zufriedener Kunden, die (1657)

TRAINERS AUGENWASSER

zur Stärkung ihrer schwachen und überanstrengten Augen benutzen. Alleinverkauf

Dragerie Voss, Osterstr. 43

Türen, Treppen, Fenster, Rolläden, Möbel

liefert schnell und preiswert

Mechanische Bau- u. Möbel-Schreinerei Sarg-Magazin

Heinrich Renzel Rhede, Hindenburgstraße 18

Waschmaschinen

für Hand- und Kraftbetrieb von 43.— RM. an

Willy Albers, Rhede Adolf-Hitler-Straße 1018

Brillen-Lieferant

aller Krankenkassen

Korte, Rhede Optik

Patent-Matratzen-Reparaturen

beim Fachmann machen lassen. Schnell, sauber, — billig.

Erst Matratzenfabrik, Dingeldeyer Str. 10

Elektro-Waschmaschinen

Wassermotor- u. Handwaschmasch.

ständig ab Lager lieferbar. Günstige Zahlungsbedingungen

Gebr. Becher, Bocholt Osterstraße 8

Asthmatropfen

gegen Asthma, Atemnot, Husten und Verschleimung. Wässrig giftfrei. Alleinverkauf:

Drog. Voss, Osterstr.

Duisburger Oper

Kostenlose Veröffentlichung im Interesse unserer Leser.

Spielplan vom 13. — 16. 3. 37

Sonntag, 13. März, 19.30 bis 23 Uhr: Die Legende von der unsichtbaren Stadt Kiteh u. von der Jungfrau Jemtonia. Oper von Rimski-Korsakow. (Preise: 0,70—4 M.)

Montag, 14. März, 15 bis 17.40 Uhr: (Winter Niedertheater) „Die Bohème“, Oper in 4 Akten von G. Puccini. 20 bis 23.15 Uhr: „Der Graf von Eudenburg“, Operette in 3 Akten von Franz Lehár. (Preise: 0,70—4 M.)

Dienstag, 15. März, 20 bis 22.40 Uhr: R. d. J. (kein Verkauf.)

Dienstag, 16. März 1937: Geschlossen.

Mutter! Dein Kind braucht den vitaminreichen Lebertran

wenn es gesund und kräftig werden soll! Denn Lebertran u. Lebertran-Emulsion sind hervorragende knochenbildende Nähr- und Kräftigungsmittel, die den Appetit anregen und die Verdauung fördern.

Dorsch-Lebertran... Fl. von -50 an
Standard-Lebertran... Fl. von -60 an
Lebertran-Emulsion... Fl. von -75 an

Drogerie Maass, Oesterstr. 25

UNSERE NEUE Fernsprechnummer ist 3247

J. & A. Temming.

Jeder 2. Mensch hat Würmer!

Zur radikalen Beseitigung dieser Schädlinge nehmen Sie nur

Drosal-Wurmkur

Sichere Wirkung bei Spul- u. Madenwürmern. Nur zu haben (1033k)

Drog. Saleminck, Rhede

Die kleine Volksblatt-Anzeige

zum Wortpreise, erscheint nur Mittwochs und Freitags.

Wortpreise: Das Überschriftswort 25 Pfg., jedes Textwort 5 Pfg., Angebots- oder Auskunftgebühren 25 Pfg. Wörter mit mehr als fünfzehn Buchstaben gelten als zwei Wörter.

Stellenangebote

Suche zum 1. April einen tüchtigen **Advertnecht** oder mit Pferden umgehen k. Gerb. Belling, Badinghof.

Stellenangebote

Tücht., braves **Mädchen** das auch der Hausfrau im Geschäft (Konditorei) helfen muß, in kinderlosen Geschäftshaus nach Duisburg, mögl. zum 15. März gesucht. Näh. Volksbl.

Mädchen 14-16 Jahre, für Geschäftshaus, gesucht. H. Kofe, Kardardstr. 48.

Kräftiges, fleißiges **Landmädchen** zum 15. März gesucht. — Daß ich für sofort ein **Landmädchen** suche. b. Kofe kann, gesucht. (1625) Zu melden: Osterstraße 10.

Zum 1. April **Mädchen** das gut melken kann, gesucht, am liebsten vom Lande. Näh. Volksbl.

Stellenangebote

Büdergele 19 Jahre alt, an hohes und lauberes Arbeiten gewöhnt, nach in ungekündigter Stelle tätig, sucht sich zu verändern. Schriftl. Angeb. erbet. unt. Nr. 105 a hauptpostlagernd Siegen i. Westf.

Suche für meinen Sohn, 15 Jahre alt, **Lehrstelle** als Schlosser oder Autotechniker. Nordmayer 3.

Ein jüngerer **Knecht** von 16 bis 18 Jahr, für alle vorzuziehenden landwirtschaftl. Arbeiten sofort oder später gel. Auskunft beim Volksbl. in Bocholt u. Rhede.

Handelslehrling **Büdergele** Näh. Volksbl.

Außer bei Haus- und Landwirtschaft sind **Einstellungen** von Arbeitern u. Angestellten unt. 25 Jahren nur mit vorheriger Zustimmung des Arbeitsamtes zulässig.

Jüngere **Gehilfin** als Aushilfe u. Schneiderin zu sofort gesucht. Schriftl. Angeb. A. 5621 an das Volksbl. erb.

Ein jüngerer **Mädchen** vom Lande, für Haushalt und Landwirtschaft in Nähe der Stadt sofort gesucht. (5622) Näh. Volksbl.

Miet-gehe

3-Zimmer-Wohnung mit Zubehör, zum 15. März, Schriftl. Angeb. unter Nr. 5631 an das Volksbl. erb.

Suche im Viertel Nordallee 3-4-Zimmer-Wohnung mit eingelegt, Badezimmer, mit oder ohne Sprungbrenner, in besserem Hause zum 1. April u. vermieten. Näh. Volksbl.

2-Zimmer-Wohnung an alleinsteh. Person oder jung. Ehepaar zu vermieten. Näh. Volksbl.

2-Zimmer-Wohnung in Rhede zu vermieten. Auskunft beim Volksbl. in Bocholt u. Rhede.

Vermietungen

Schöne **Überwohnung** drei entl. vier Räume, mit Zubehör und Balkon, Nähe Kreuzberg (Neubau) zum 1. Juni zu vermieten. Schriftl. Angeb. unter Nr. 5631 an das Volksbl. erb.

Kauf-angebote

Grubeherd Imperial, mit Wasserfest, billig zu verk. Schick, Windmühlengasse 3.

Weiß. Tiefbau-**Kinderwagen** zu verkaufen. Peter Selms, Hörsingstr. 36.

Eine weiße **Küchenanrichte** und 1 Eichen-treben, sowie drei gut erhalt. Sprungbrenner, Matratzen abzugeben. Näh. Volksbl.

Miele-Mangel billig zu verk. Restaur. Rod, Schützenstraße.

Diverse kleine **Tische u. Stühle** 3 Dien. 1 Tisch 90 x 180, gut erhalten, billig abzugeben. Näh. Volksbl.

Ein fast neuer **Ausziehtisch** u. 4 Kuchentische wegen Raum-mangel billig zu verkaufen. Ludgerusstr. 4.

Zu verkaufen

fast neuer großer Ofen Dauerbrenner, gutes Grammophon mit Platten. Dinsperloer Straße 193.

Gut erhaltenes **Schreibpult** mit Beistelle zu verkaufen. Nobelstraße 10.

Schwarzbuntes Mutterkalb hat zu verkauf. Heint. Peters, Dinsperloer 10 bei Anhalt.

Junge, schwarz-bunte, hochtrag. **Ruh** zu verkaufen. Rh. Middel-dorf, Bocholt, Tonwerke.

Heilwoller-Apparat (Gas), wenig geb., zu verkaufen. Madonnenbild in Goldrahmen sowie eine Tür zu verkaufen. Näh. Volksbl.

Schwarzbunte Stierkälber eingetr. Abtig., zu verkaufen. Aug. Wiffing, Liebern.

Wohlhabende Kauler für Grundstücke, Häuser, Fabriken Wert- und sonst. objektvermittelt die

Klein-Anzeige

Sehr günstige Aufnahmegebühren, denn Klein-Anzeigen veröffentlicht wir immer sehr billig!

Kauf-gehe

Gebrauchte National- oder Krupp-**Reguliertaste** einfach oder el. mit ein oder mehr Akkumulatoren, zu kaufen gesucht. Schriftl. Angeb. unter Nr. 5628 an das Volksbl. erb.

Zur gef. Beachtung!

Wenn unter einer Anzeige steht: „Offerten unter Nr. ... an die Geschäftsstelle“, dürfen wir Ihnen den Namen des Auftraggebers nicht angeben. Fragen Sie deshalb nicht! — Sie ersparen uns Arbeit und viel Zeit und Mergel!



Der Wack sind genug gewechselt...

Liebe Frau Bolte, ich würde Ihnen raten, Ihr Zimmer durch ein Inserat in der „Kleinen“ anzubieten, dann haben Sie es sicher bald vermietet.

„Die Kleine“

V.-Anzeige hilft immer!

Zur Denke Neue

In einer Denkschrift, deren auf die kommunistische Bewegung zu haben, daß es eine Angelegenheit durchdringt, auf die Unterstützung zu verhindern.

Man könne die kommunistische Partei als revolutionäre wirtschaftlichen Strömung und mehr von der Friedenskampagne, Anzahl sogenannter und Pazifisten, und die Weigerung, um den Weltfrieden.

Neuerdings hat den Versuch unterbewusst, an der Bewegung anzuknüpfen. Es läßt sich durch kommunistische Propaganda unternehmen, die Verteidigung der Sie haben weiter Internationale ein führt, um die Truppen.

Der Deutsche Folgen eines...

In Schottland ist busführer und unmen, von dem dem Streik sind gegen eine Lohnsteigerung, daß der Streik der Arbeiter einige Städte abgebrochen.

Der Streik der Fahrer in einem mindest weiter. In im Gange, jedoch Streikenden zuerst aufnehmen, die bessere Arbeitsbedingung, unter Umständen, um den Streik zu beenden.

Von Seiten der Arbeiter, daß der Streik in einem Falle zurückzuführen wurde am Mittwoch aufgenommen worden.

Die Schweizer

Das Ordnungs...

Der Schweizerische mit der Behandlung der Ordnungsgelassenen der Zucht, daß die Schutze des Staates kleine rührige Min-Gewalt und andere kräftigen Mehrheit Ordnung zu führen Vermittlungen mit.

Die an sich kleine bei eine Session der lauer Zentralen hin am Gedanken der revolutionären wichtige Lehre propal in der Tägliche Partei eine GeisDemokratie. Der Zweck der zur Ver-